

Sitzung vom

27. April 2021

Mitgeteilt den

30. April 2021

Protokoll Nr.

392/2021

Auftrag Pajic

betreffend Selbstbestimmung am Lebensende in Alters- und Pflegeheimen

Antwort der Regierung

In Bezug auf den Freitod herrscht in der schweizerischen Rechtslehre die Auffassung, dass der einzelnen Person die Freiheit zukommt, über Art und Zeitpunkt der Beendigung des eigenen Lebens zu befinden. Dieses Recht folgt zum einen aus der in Art. 10 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV; SR 101) gewährleisteten persönlichen Freiheit. Zum anderen stellt es einen Aspekt des in Art. 8 Ziff. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK; SR 0.101) garantierten Rechts auf Achtung des Privatlebens dar. Das Recht auf den eigenen Tod ergibt sich aber auch ganz allgemein aus dem Recht auf Achtung der Menschenwürde (Art. 7 BV). Vom Recht auf den eigenen Tod ist allerdings der Anspruch auf Beihilfe zur Selbsttötung gegenüber dem Staat oder Dritten abzugrenzen. Eine sterbewillige Person hat keinen Anspruch darauf, dass ihr Beihilfe zur Selbsttötung oder sogar aktive Sterbehilfe geleistet wird, falls sie nicht in der Lage sein sollte, ihrem Leben selber ein Ende zu setzen (BGE 133 I 55 E. 6.2.1). Somit würde auch bei einem gesetzlich statuierten Recht der Bewohnerinnen und Bewohnern von Alters- und Pflegeheimen für die Zulassung von Suizidhilfe bzw. im Falle einer Verpflichtung der Einrichtungen, eine solche zuzulassen, keine positive Leistungspflicht der Einrichtung zur Leistung oder Hilfeleistung beim Suizid bestehen.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit gemäss Art. 15 BV beinhaltet die Freiheit, für die persönlichen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen einzutreten und sich entsprechend zu verhalten. Sie garantiert einerseits die Freiheit des Einzelnen, frei von jeglichem Rechtsnachteil sein Verhältnis zur Religion in der Bildung einer Überzeugung bis zum Bekennen, allein oder in Gemeinschaft, gestalten zu können. Andererseits kann sich auch eine Person darauf berufen, wenn der Staat von ihr verlangt, eine bestimmte Handlung des Staats oder von Dritten zu dulden, welche mit deren Gewissen kollidiert. Somit kann die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Individualrecht von verschiedenen Beteiligten geltend gemacht werden. So kann sich unter anderem das Pflegepersonal, das in einer Institution mit primär pflegendem oder palliativem Zweck tätig ist, direkt auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit berufen. Schliesslich kann auch das Alters- und Pflegeheim selbst Rechtsträger der Glaubens- und Gewissensfreiheit sein, allerdings nur, sofern es gemäss seinen Statuten ein religiöses oder kirchliches Ziel verfolgt (vgl. BGE 142 I 195).

Die Unterstützung eines Menschen bei der Verwirklichung eines bereits gefassten Entschlusses zur Selbsttötung ist gemäss Art. 114 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB, SR 311.0) straflos, wenn die sterbewillige Person urteilsfähig ist, selber handeln kann und die helfende Person nicht aus selbstsüchtigen Beweggründen

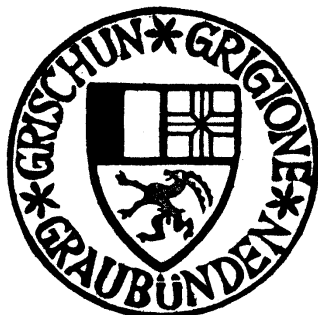
handelt. Aus strafrechtlicher Sicht ist Suizidhilfe mitunter dann problematisch, wenn die Suizidhandlung nicht eigenverantwortlich ausgeführt wurde oder die suizidwillige Person nicht urteilsfähig war. Die suizidwillige Person muss stets die alleinige Tatherrschaft über die tödliche Handlung haben und zudem ihre Handlung jederzeit vernunftgemäss beurteilen können. Idealerweise sind diese Voraussetzungen klar zu dokumentieren, allenfalls via Video.

Im Kanton Graubünden besteht keine gesetzliche Regelung zum Thema Sterbehilfe. Die Suizidbegleitung in Alters- und Pflegeheimen wird bereits heute im Rahmen des Betriebsbewilligungsprozesses thematisiert, jedoch in den Alters- und Pflegeheimen unterschiedlich gehandhabt. Ob eine Institution in ihren Räumlichkeiten Sterbehilfe zulässt oder nicht, entscheidet die Trägerschaft zusammen mit der Heimleitung und der Leitung Pflege. Heute lassen bereits verschiedene Alters- und Pflegeheime im Kanton Graubünden die Suizidbegleitung zu. Der Fachstelle Spitex und Alter des Gesundheitsamts wurde bisher weder ein Projektantrag des Bündner Spital- und Heimverbands bezüglich einer im Kanton einheitlichen Umsetzung zur Sterbehilfe noch eine Beschwerde, dass eine Suizidbegleitung nicht ausgeführt werden durfte, eingereicht.

Nach Art. 36 Abs. 1 BV muss jede Einschränkung eines Grundrechts eine gesetzliche Grundlage haben; schwerwiegende Einschränkungen müssen gesetzlich vorgesehen sein (BGE 139 I 280, Erw. 5.1, S. 284, und die zitierten Verweise); vorbehalten sind Fälle schwerer, unmittelbarer und drohender Gefahr. Darüber hinaus muss jede Einschränkung eines Grundrechts durch ein öffentliches Interesse oder durch den Schutz eines Grundrechts anderer gerechtfertigt sein und in einem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Ziel stehen (vgl. Art. 36 Abs. 2 und 3 BV). Eine entsprechende Bestimmung muss diesen Voraussetzungen genügen. Dies bedarf einer rechtlichen Prüfung, die aufgrund der derzeitigen Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden des Gesundheitsamts nicht vorgenommen werden konnte.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag wie folgt abzuändern:

Es sei ein Gesetzesartikel zu schaffen, welcher Personen, die in mit öffentlichen Mitteln unterstützten Einrichtungen gemäss Art. 17 Abs. 1 lit. c des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit im Kanton Graubünden (Gesundheitsgesetz, GesG; BR 500.000) wohnen, das Recht einräumt, in dieser Einrichtung die Hilfe von externen Organisationen für einen begleiteten Suizid beizuziehen. Dies unter Berücksichtigung der in der Schweiz für den begleiteten Suizid geltenden Bestimmungen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

i.V. lic. iur. W. Frizzoni

Auftrag Pajic betreffend Selbstbestimmung am Lebensende in Alters- und Pflegeheimen

Alters- und Pflegeheime sind für viele Betagte für die letzten Lebensjahre Wohnsitz, aber auch trautes Heim und Zuhause. Viele Menschen machen sich Gedanken, ob sie ihrem Leben mehr Jahre oder aber ihren Jahren mehr Leben geben wollen. Dabei spielen Gedanken bezüglich «letzter Dinge» und vor allem das Bedürfnis, darüber selbstbestimmt entscheiden zu können, eine zunehmend grösser werdende Rolle. In der Schweiz wächst die Zahl der Menschen, welche die Möglichkeit eines freiwilligen Lebensendes in Betracht ziehen für den Fall, dass ihre Lebensqualität nicht mehr ihren persönlichen Wertmassstäben entspricht. Dementsprechend ist die Zahl der Vereinsmitglieder der grössten Schweizer Selbstbestimmungsorganisation «Exit» mittlerweile auf über 130 000 Mitglieder angestiegen. Dennoch ist die Zahl der ärztlich assistierten Suizide in der Schweiz sehr gering – sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zur Gesamtzahl der Todesfälle.

Bewohner*innen eines Alters- oder Pflegeheims in Graubünden ist heute nicht garantiert, dass sie diese – vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, aber auch vom Schweizer Bundesgericht anerkannte – Freiheit in Anspruch nehmen können. Heute liegt es in der Kompetenz der individuellen Heimleitungen, assistierte Suizide zu dulden oder nicht. Deshalb müssen Bewohner*innen unter Umständen ihr letztes Wohnumfeld und ihre vertraute Umgebung verlassen, weil sie von Heimleitungen daran gehindert werden, ihr Menschenrecht auf Selbstbestimmung am Lebensende im eigenen Bett auszuüben.

Menschen an der Ausübung dieser Freiheit zu hindern, darf nicht legal möglich sein – sofern die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Im Gegenteil, diese Freiheit muss gesetzlich garantiert werden, weil sonst eine Ungleichbehandlung zwischen den verschiedenen Pflegebetrieben möglich wäre, was grundsätzlich inakzeptabel ist. Vorgeschlagen wird deshalb eine Ergänzung des bestehenden Gesundheitsgesetzes, mit welcher Alters- und Pflegeheime, die (teilweise oder vollständig) von der öffentlichen Hand unterstützt werden, verpflichtet werden, die Freiheit der in ihrer Obhut lebenden Menschen nicht zu behindern. Diese Bestimmungen werden vom Bundesgericht (BGE 142 I 195) gestützt. Die persönliche Freiheit von Bewohner*innen einer solchen Einrichtung steht über der Gewissens- oder Religionsfreiheit des Trägers einer solchen Einrichtung. Es ist inakzeptabel, dass Bewohner*innen von den willkürlichen ethischen Ansichten einzelner Heimleiter*innen abhängig sind. Wenn die gesetzlichen Kriterien für eine Sterbebegleitung erfüllt sind, muss es grundsätzlich möglich sein, diese auch in einem Alters- oder Pflegeheim in Anspruch zu nehmen. Sinnvoll ist dabei auch eine entsprechende Begleitung der Mitarbeitenden und anderen Bewohner*innen.

Zudem hat das Bundesgericht bereits 2006 in einem Urteil (BGE 133 I 58) bestätigt, dass das Recht eines Menschen, der in der Lage ist, seinen Willen frei zu bilden und danach zu handeln, auch die Entscheidungsfreiheit über Art und Zeitpunkt des eigenen Lebensendes umfasst. Das Recht auf Selbstbestimmung am Lebensende ist somit ein anerkanntes Grund- und Menschenrecht, das es zu achten gilt.

In diesem Sinne beauftragen die Unterzeichnenden die Regierung, die entsprechenden Wege einzuleiten, damit Personen, welche in Alters-/Pflegeheimen wohnen, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, das Recht haben, in dieser Einrichtung die Hilfe von externen Organisationen für einen begleiteten Suizid nach den in der Schweiz geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Anspruch zu nehmen. Als unverbindlicher Vorschlag folgt untenstehende Gesetzesänderung.

Konkrete Gesetzesänderung:

Das Gesundheitsgesetz wird wie folgt ergänzt:

Art. 41 Aufnahme- und Behandlungspflicht (neuer Absatz 4)

⁴Personen, welche in Einrichtungen gemäss Art. 17 Abs. 1 lit. c dieses Gesetzes wohnen, haben, insoweit der Betrieb dieser Einrichtungen mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, das Recht, in dieser Einrichtung die Hilfe Beauftragter externer Organisationen für einen begleiteten Suizid nach den in der Schweiz geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Anspruch zu nehmen.

Davos, 18. Februar 2021

Pajic, Hardegger, Holzinger-Loretz, Atanes, Baselgia-Brunner, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Clalüna, Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Rabius), Föhn, Gartmann-Albin, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Horrer, Jochum, Kasper, Kuoni, Loepfe, Müller (Felsberg), Paterlini, Perl, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schmid, Schwärzel, Tanner, von Ballmoos, Widmer-Spreiter (Chur), Wilhelm, Altmann, Bürgi-Büchel, Spadarotto, Tomaschett (Chur)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

27 d'avrigl 2021

30 d'avrigl 2021

392/2021

Incumbensa Pajic

concernent il dretg d'autodeterminaziun a la fin da la vita
en chasas da personas attempadas e da tgira

Resposta da la Regenza

Areguard il suicidi è la giurisprudenza svizra da l'opiniun che la singula persuna haja la libertad da decider sezza davart la moda e maniera e davart il mument da la terminaziun da l'atgna vita. Quest dretg resulta d'ina vart da la libertad persunala tenor l'art. 10 al. 2 da la Constituziun federala (Cst.; CS 101). Da l'autra vart represchenta el in aspect dal dretg sin respect da la vita privata tenor l'art. 8 cifra 1 da la Convenziun europeica dals dretgs umans (CEDU; CS 0.101). Il dretg sin l'atgna mort resulta dentant er en general dal dretg sin respect da la dignitad umana (art. 7 Cst.). Dal dretg sin l'atgna mort sto dentant vegnir cunfinada la pretensiun sin sustegn al suicidi envers il stadi u envers terzas personas. Ina persuna che vul murir n'ha betg il dretg da survegnir sustegn al suicidi u schizunt agid activ a la mort, sch'ella n'è betg en cas da metter sezza ina fin a sia vita (DTF 133 I 55 consideraziun 6.2.1). Er sche la lescha prevesess in dretg sin agid al suicidi per las abitantas ed ils abitants da chasas da personas attempadas e da tgira resp. sche las instituziuns avessan l'obligaziun d'admetter l'agid al suicidi, n'existiss per l'instituziun pia nagina obligaziun da prestaziun positiva u da prestar agid al suicidi.

La libertad da cretta e da conscienza tenor l'art. 15 Cst. cuntegna la libertad da defender las persvasiuns religiusas ed ideologicas persunalas e da sa cumportar correspondentamain. D'ina vart garantescha ella la libertad da la singula persuna da pudair concepir – suletta u en cuminanza e senza il minim dischavantatg giuridic – sia relaziun tar la religiun en la furmaziun d'ina persvasiun fin al confess. Da l'autra vart po ina persuna er sa referir a questa libertad, sch'il stadi pretenda ch'ella tolerechia ina tscherta acziun dal stadi u da terzas personas e sche questa acziun collide-scha cun sia conscienza. Uschia po la libertad da cretta e da conscienza vegnir fatg valair da differentas personas participadas sco dretg individual. Tranter auter po pia il persunal da tgira che lavura primarmain per intents da tgira u per intents palliativs en ina instituziun, sa referir directamain a la libertad da cretta e da conscienza. La finala po er la chasa da personas attempadas e da tgira esser sezza subject giuridic da la libertad da cretta e da conscienza, dentant mo, sch'ella persequitescha – tenor ses statuts – ina finamira religiusa u ecclesiastica (cf. DTF 142 I 195).

Tgi che sustegna in uman da realisar ina conclusiun gia premda da far suicidi, na vegn betg chastià tenor l'art. 114 dal Cudesch penal svizzer (CP; CS 311.0), sche la persuna che vul murir è abla da giuditgar, sch'ella po agir sezza e sche la gidantra u

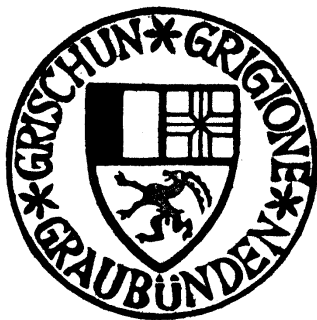
il gidanter n'agescha betg per motivs egoistics. Ord vista dal dretg penal è l'agid al suicidi problematic tranter auter, sche l'act da suicidi n'è betg vegnì exequì en atgna responsabladad u sche la persuna che vuleva far suicidi n'era betg abla da giuditgar. La persuna che vul far suicidi sto adina avair la controlla exclusiva da l'acziun mortala e sto plinavant adina pudair giuditgar raziunalmain sia acziun. En il cas ideal ston questas premissas vegnir documentadas cleramain, eventualmain cun in video.

En il chantun Grischun n'exista nagina regulaziun legala dal tema "agid a la mort". L'accompagnament al suicidi en chasas da persunas attempadas e da tgira vegn tematisà gia oz en il rom dal process da la permissiun da manaschi. En las chasas da persunas attempadas e da tgira vegn el dentant pratigà en differenta moda e maniera. Sch'ina instituziun admetta l'agid a la mort en sias localitads u betg, vegn decidì dals purtaders ensemen cun la direcziun da la chasa da dimora e cun la direcziun da la tgira. Oz è l'accompagnament al suicidi permiss gia en differentas chasas da persunas attempadas e da tgira en il chantun Grischun. Il Post specialisà per spitex e vegliadetgna da l'Uffizi da sanadad n'ha survegnì fin ussa ni ina dumonda da project da la Federaziun grischuna "Chasas ed ospitals" concernent in'execuziun unitara da l'agid a la mort en il chantun ni ina reclamaziun ch'in accompagnament al suicidi n'haja betg dastgà vegnir realisà.

Tenor l'art. 36 al. 1 Cst. dovra mintga restricziun d'in dretg fundamental ina basa legala; restricziuns engrevgiantas ston esser previsas en la lescha sezza (DTF 139 I 280, consideraziun 5.1, p. 284, e renviaments citads); exceptads èn cas d'in privel serius, direct e smanatschant. Ultra da quai sto mintga restricziun d'in dretg fundamental esser giustifitgada tras in interess public u tras la protecziun d'in dretg fundamental da terzas persunas e star en ina proporziun adequata cun la finamira perseguitada (cf. art. 36 al. 2 e 3 Cst.). Ina disposiziun correspundenta sto ademplir questas premissas. Quai basegna in'examinaziun giuridica. Pervia da la chargia da lavur actuala da las collavuraturas e dals collavuratur da l'Uffizi da sanadad n'è ina tala betg stada pussaivla.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da midar questa incumbensa sco suonda:

I stoppia vegnir stgaffì in artigel da lescha che conceda ad abitantas ed abitants d'instituziuns tenor l'art. 17 al. 1 lit. c da la Lescha davart la protecziun da la sanadad en il chantun Grischun (Lescha da sanadad, LSan; DG 500.000), las qualas vegnan sustegnidas cun meds finanzials publics, il dretg da clamar en questa instituziun l'agid d'organisaziuns externas per in suicidi accompagnà. Quai resguardond las disposiziuns che valan en Svizra per in suicidi accompagnà.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il cancellier:

e.sub. lic. iur. W. Frizzoni

**Incumbensa Pajic concernent il dretg d'autodeterminaziun a la fin da la vita
en chasas da personas attempadas e da tgira**

Chasas da personas attempadas e da tgira èn per bleras personas pli veglias il domicil, ma er il dachasa charezza durant ils ultims onns da la vita. Bleras personas sa dumondan, sch'ellas vulan dar dapli onns a lur vita ubain dapli vita a lur onns. En quest connex giogan reflexiuns davart las «ultimas chaussas» e cunzunt davart il basegn da pudair decider en moda autodeterminada davart questas chaussas, ina rolla pli e pli gronda. En Svizra crescha il dumber da personas che tiran en consideraziun la pussaivladad da terminar ord atgna voluntad lur vita, en cas che lur qualidad da viver na correspunda betg pli a las scalas da lur valurs personalas. Correspundentmain è il dumber da commembras e commembers dad «Exit», l'organisaziun d'autodeterminaziun la pli gronda da la Svizra, creschì en il fratemp sin passa 130 000. Tuttina è il dumber da suicidis cun assistenza medicala fitg pitschen en Svizra – tant en cifras absolutas sco er en relaziun cun il dumber total da mortoris.

Las abitantas ed ils abitants da chasas da personas attempadas u da tgira en il Grischun n'han oz betg la garanzia ch'ellas ed els possian profitar da questa libertad – ch'è renconuschida dal Tribunal europeic dals dretgs umans, ma er dal Tribunal federal svizzer. Ozendi han las direcziuns da las singulas chasas da dimora la cumpetenzza da tolerar suicidis assistids u betg. Pia ston las abitantas ed ils abitants eventualmain bandunar lur ultims conturns d'abitar, perquai che las direcziuns da las chasas da dimora refusan ad ellas ed ad els da revegnir – a la fin da la vita – a lur dretg uman sin autodeterminaziun en l'agen letg.

Impedir personas da far diever da questa libertad na dastga betg esser pussaivel legalmain – sche las disposiziuns legalas vegnan observadas. Anzi, questa libertad sto vegnir garantida tras lescha, perquai ch'in tractament inegal fiss uschiglio pussaivel tranter ils differents manaschis da tgira, quai ch'è da princip inacceptabel. Perquai vegni proponì da cumpletter la Lescha da sanadad existenta che oblighescha las chasas da personas attempadas e da tgira, che vegnan sustegnidas (per part u dal tuttafatg) dal maun public, da betg impedir la libertad da las personas che vivan sut lur quità. Questas disposiziuns vegnan sustegnidas dal Tribunal federal (DTF 142 I 195). La libertad persunala da las abitantas e dals abitants d'ina tala instituziun ha la precedenza envers la libertad da conscienza u da religiun dal purtader d'ina tala instituziun. Igl è inacceptabel che las abitantas ed ils abitants èn dependents da las ideas eticas arbitraras da singulas directuras e da singuls directurs da chasas da dimora. Sch'ils criteris legals per in accompagnament da personas a la fin da lur vita èn ademplids, stoi da princip esser pussaivel da revegnir a quest accompagnament er en ina chasa da personas attempadas u da tgira. En quest connex èsi er raschunaivel d'accompagnar correspundentmain las collavuraturas ed ils collavurats sco er las autras abitantas ed ils auters abitants.

Plinavant ha il Tribunal federal confermà gia l'onn 2006 cun ina sentenza (DTF 133 I 58) ch'il dretg d'in uman ch'è abel da furmar libramain sia opiniun e d'agir tenor tala, cumpiglia er la libertad da decider davart la maniera e davart il mument da la fin da sia atgna vita. Il dretg d'autodeterminaziun a la fin da la vita è pia in dretg fundamental ed uman renconuschì che sto vegnir respectà.

En quest senn incumbenseschan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders la Regenza d'instradar las mesiras correspundentas, per che las abitantas ed ils abitants da las chasas da personas attempadas u da tgira, las qualas vegnan sustegnidas cun daners publics, hajan il dretg da revegnir en questas instituziuns a l'agid d'organisaziuns externas per in suicidi accompagnà tenor las disposiziuns legalas che valan en Svizra. Sco proposta nunlianta suonda la midada da lescha qua sutvart.

Midada concreta da la lescha:

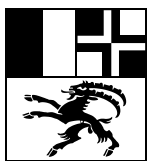
La Lescha da sanadad vegn cumpletta sco suonda:

Art. 41 Obligaziun da recepir e da tractar pazientas e pazients (nov alinea 4)

⁴ Sch'il manaschi d'instituziuns tenor l'artitgel 17 alinea 1 litera c da questa lescha vegn sustegnì cun daners publics, han las personas che abitan en talas instituziuns il dretg da revegnir en questas instituziuns – tenor las disposiziuns legalas che valan en Svizra – a l'agid d'organisaziuns externas che vegnan incaricadas per in suicidi accompagnà.

Tavau, ils 18 da favrer 2021

Pajic, Hardegger, Holzinger-Loretz, Atanes, Baselgia-Brunner, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Clalüna, Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Rabius), Föhn, Gartmann-Albin, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Horrer, Jochum, Kasper, Kuoni, Loepe, Müller (Favugn), Paterlini, Perl, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schmid, Schwärzel, Tanner, von Ballmoos, Widmer-Spreiter (Cuira), Wilhelm, Altmann, Bürgi-Büchel, Spadarotto, Tomaschett (Cuira)



Seduta del

27 aprile 2021

Comunicata il

30 aprile 2021

Protocollo n.

392/2021

Incarico Pajic

concernente l'autodeterminazione nel fine vita nelle case per anziani e di cura

Risposta del Governo

Per quanto riguarda il suicidio, nella dottrina giuridica svizzera prevale l'interpretazione secondo cui il singolo individuo gode della libertà di decidere in merito alle modalità e alle tempistiche con cui porre fine alla propria vita. Da un lato tale diritto deriva dalla libertà personale garantita dall'art. 10 cpv. 2 della Costituzione federale (Cost.; RS 101). D'altro lato si tratta di un aspetto legato al diritto al rispetto della vita privata garantito dall'art. 8 n. 1 della Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU; RS 0.101). Da un punto di vista generale il diritto alla propria morte deriva però anche dal diritto al rispetto della dignità umana (art. 7 Cost.). Tuttavia occorre fare distinzione tra il diritto alla propria morte e il diritto all'assistenza al suicidio nei confronti dello Stato o di terzi. Qualora non dovesse essere in grado di porre fine autonomamente alla propria vita, una persona desiderosa di morire non ha diritto ad essere assistita nel suicidio o addirittura a usufruire dell'eutanasia attiva (DTF 133 I 55 consid. 6.2.1). Pertanto anche se ci fosse un diritto stabilito dalla legge a beneficio degli ospiti di case per anziani e di cura riguardo all'ammissione dell'assistenza al suicidio o se le strutture fossero obbligate ad ammettere tale assistenza, non sussisterebbe nessun obbligo positivo a carico della struttura a prestare assistenza al suicidio.

La libertà di credo e di coscienza sancita dall'art. 15 Cost. comprende la libertà di impegnarsi a favore delle convinzioni personali di carattere religioso e filosofico e di comportarsi di conseguenza. Da un lato essa garantisce la libertà del singolo di vivere il proprio rapporto con la religione nella formazione di una convinzione fino alla sua professione, da soli o in una comunità, senza subire alcun pregiudizio giuridico. D'altro lato tale libertà può essere invocata anche da una persona se lo Stato esige da quest'ultima di tollerare un determinato atto posto in essere dallo Stato o da terzi che si trova in conflitto con la coscienza della persona stessa. Pertanto la libertà di credo e di coscienza, in quanto diritto individuale, può essere fatta valere da diverse parti coinvolte. Tra l'altro il personale di cura attivo all'interno di un istituto con lo scopo primario di fornire prestazioni di cura o palliative può richiamarsi alla libertà di credo e di coscienza. Infine anche la casa per anziani e di cura stessa può essere il soggetto giuridico che si richiama alla libertà di credo e di coscienza, tuttavia solo se in base allo statuto ha finalità religiose o di culto (cfr. DTF 142 I 195).

Conformemente all'art. 114 del Codice penale svizzero (CP, RS 311.0) chi sostiene una persona quando si tratta di concretizzare una decisione di suicidarsi già adottata non viene punito se la persona che desidera morire è capace di discernimento, è in grado di agire in autonomia e la persona che presta aiuto non agisce per motivi egoistici. Sotto il profilo penale l'assistenza al suicidio risulta problematica tra l'altro se

l'atto suicida non è stato compiuto sotto la propria responsabilità o se la persona desiderosa di suicidarsi non era capace di discernimento. La persona desiderosa di suicidarsi deve sempre avere il dominio esclusivo sull'atto letale e inoltre deve essere in grado in qualsiasi momento di valutare il proprio atto secondo ragionevolezza. Nel caso ideale questi requisiti vengono documentati in maniera chiara, eventualmente su video.

Nel Cantone dei Grigioni non esiste nessuna disciplina legislativa in materia di eutanasia. Quello del suicidio assistito nelle case per anziani e di cura è un argomento che viene affrontato già oggi durante il processo di autorizzazione d'esercizio, ma che a seconda della casa per anziani e di cura viene gestito in maniera diversa. È l'ente responsabile insieme alla direzione d'istituto e al responsabile cure a decidere se ammettere l'eutanasia negli spazi dell'istituto. Oggi nel Cantone dei Grigioni sono già diverse le case per anziani e di cura a consentire il suicidio assistito. Ad oggi il Servizio per lo Spitex e gli anziani dell'Ufficio dell'igiene pubblica non ha ricevuto né una proposta di progetto della Federazione grigionese ospedali e case di cura avente ad oggetto un'attuazione uniforme a livello cantonale dell'eutanasia né un reclamo riguardo all'impossibilità di eseguire un suicidio assistito.

Secondo l'art. 36 cpv. 1 Cost. ogni restrizione di un diritto fondamentale deve avere una base legale; se gravi, le restrizioni devono essere previste dalla legge medesima (DTF 139 I 280, consid. 5.1, pag. 284, e i rimandi citati); fanno eccezione le restrizioni ordinate in caso di pericolo grave, immediato e imminente. Inoltre ogni restrizione di un diritto fondamentale deve essere giustificata da un interesse pubblico o dalla protezione di un diritto fondamentale altrui ed essere proporzionata allo scopo (cfr. art. 36 cpv. 2 e 3 Cost.). Una disposizione in materia deve soddisfare questi requisiti. A tale scopo è necessario un esame giuridico che non ha potuto essere eseguito a causa dell'attuale carico lavorativo a cui i collaboratori dell'Ufficio dell'igiene pubblica devono far fronte.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di modificare come segue l'incarico in oggetto:

Occorrerebbe creare un articolo di legge che conceda alle persone che abitano in strutture sostenute con fondi pubblici di cui all'art. 17 cpv. 1 lett. c della legge sulla tutela della salute nel Cantone dei Grigioni (legge sanitaria, LSan; CSC 500.000) il diritto di avvalersi dell'aiuto di organizzazioni esterne per un suicidio assistito all'interno di questa struttura. Ciò nel rispetto delle disposizioni vigenti in Svizzera riguardo al suicidio assistito.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

i.v. lic. iur. W. Frizzoni

Incarico Pajic concernente l'autodeterminazione nel fine vita nelle case per anziani e di cura

Per numerosi anziani le case per anziani e di cura sono il domicilio, ma anche la casa durante gli ultimi anni di vita. Molte persone riflettono se aggiungere più anni alla loro vita o se aggiungere più vita agli anni che gli rimangono. Diventano sempre più importanti riflessioni riguardo alle "ultime cose" da sistemare e soprattutto l'esigenza di decidere al riguardo in autonomia. In Svizzera è in aumento il numero di persone che prende in considerazione la possibilità di porre fine volontariamente alla propria vita nell'ipotesi in cui la qualità di vita non sia più compatibile con i propri valori personali. Di conseguenza nel frattempo il numero dei membri della maggiore associazione svizzera di autodeterminazione "Exit" è aumentato fino a superare quota 130 000. Tuttavia il numero dei suicidi assistiti in Svizzera è molto basso, sia in valori assoluti, sia in rapporto al numero complessivo dei decessi.

Oggi non è garantito che gli ospiti di una casa per anziani o di cura nei Grigioni possano avvalersi di questa libertà riconosciuta dalla Corte europea dei diritti dell'uomo, ma anche dal Tribunale federale svizzero. Spetta alle singole direzioni degli istituti decidere se ammettere suicidi assistiti o meno. Per tale ragione vi è l'eventualità che gli ospiti debbano lasciare il loro ultimo ambiente abitativo a loro familiare se le direzioni delle case impediscono loro di esercitare il loro diritto all'autodeterminazione nel fine vita nelle proprie strutture.

Impedire alle persone di esercitare questa libertà non deve essere possibile in modo legale, a condizione che l'esercizio di tale diritto avvenga nel rispetto delle disposizioni di legge. Anzi, questa libertà deve essere garantita dalla legge, poiché altrimenti potrebbe sorgere una disparità di trattamento tra gli istituti di cura, il che è generalmente inaccettabile. Per tale ragione si propone di integrare la legge sanitaria esistente in modo tale da obbligare le case per anziani e di cura che beneficino (in parte o in piena misura) del sostegno dell'ente pubblico, a non ostacolare la libertà delle persone che vivono nelle loro strutture. Queste disposizioni si fondano su quanto deciso dal Tribunale federale (DTF 142 I 195). La libertà personale degli ospiti di una tale struttura è sovraordinata rispetto alla libertà di coscienza e di religione dell'ente responsabile della struttura. È inaccettabile che gli ospiti dipendano da opinioni arbitrarie di singoli direttori d'istituto riguardo a questioni etiche. Se i criteri previsti dalla legge per l'accompagnamento alla morte sono soddisfatti, in linea di principio deve essere possibile esercitare tale diritto anche in una casa per anziani o di cura. In tale contesto è opportuno anche un relativo accompagnamento dei collaboratori e degli altri ospiti.

Già in una sentenza del 2006 (DTF 133 I 58) il Tribunale federale ha confermato inoltre che il diritto di una persona che è in grado di esprimere la propria volontà in modo autonomo e di agire di conseguenza comprende anche la libertà di decidere in merito alle modalità e ai tempi del proprio fine vita. Il diritto all'autodeterminazione nel fine vita è quindi un diritto fondamentale e dell'uomo riconosciuto che deve essere rispettato.

In questo senso le firmatarie e i firmatari danno incarico al Governo di adottare le iniziative necessarie affinché le persone che vivono in case per anziani/di cura, le quali beneficino di fondi pubblici, abbiano il diritto di avvalersi dell'aiuto di organizzazioni esterne per un suicidio assistito in queste strutture in conformità alle disposizioni di legge vigenti in Svizzera. A titolo di proposta non vincolante, segue la modifica di legge.

Modifica di legge concreta:

La legge sull'igiene pubblica viene integrata come segue:

art. 41 Obbligo di ammissione e di trattamento (nuovo capoverso 4)

⁴Le persone che vivono in strutture di cui all'art. 17 cpv. 1 lett. c della presente legge e la cui attività viene sostenuta con fondi pubblici hanno diritto di avvalersi all'interno di questa struttura dell'aiuto di persone incaricate di organizzazioni esterne per un suicidio assistito in conformità alle disposizioni di legge vigenti in Svizzera.

Davos, 18 febbraio 2021

Pajic, Hardegger, Holzinger-Loretz, Atanes, Baselgia-Brunner, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Clalüna, Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Rabius), Föhn, Gartmann-Albin, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Horrer, Jochum, Kasper, Kuoni, Loepfe, Müller (Felsberg), Paterlini, Perl, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schmid, Schwärzel, Tanner, von Ballmoos, Widmer-Spreiter (Coira), Wilhelm, Altmann, Bürgi-Büchel, Spadarotto, Tomaschett (Coira)